

Liebe Leser*innen,
für die Weiterleitung bzw. Weitergabe
unseres Rundbriefes sind wir sehr
dankbar!
Mit freundlichen Grüßen
Ihre BUND Ortsgruppe Kerpen
Kerpen, 11.01.2021

Rundbrief_02_2021

Pestizide im Bordeaux: Umweltschützerin vor Gericht

Wegen Pestizid-Kritik vor Gericht: Winzerstochter Valérie Murat



(Photo: @MargueritteMarié)

(15.12.2020; Update am 23.12.2020) Eine Woche vor Weihnachten begann der Prozess gegen die französische Umweltschützerin Valérie Murat. Sie hatte Pestizidrückstände in Weinen von mehr als zwanzig Weingütern im Anbaugebiet Bordelais nahe Bordeaux nachweisen können, die mit einem Label für besonders umweltfreundlichen Anbau (Haute Valeur Environnementale) ausgezeichnet sind. Für die Veröffentlichung der Messwerte steht sie nun vor Gericht. Der Fall hat erstaunliche Parallelen zum Verfahren gegen mich in Bozen in Südtirol. Lesen Sie weitere Informationen auf der website von Umweltinstitut München e.V.

<http://www.umweltinstitut.org/aktuelle-meldungen/meldungen/2020/pestizidtirol/pestizide-im-bordeaux-umweltschuetzerin-vor-gericht.html>

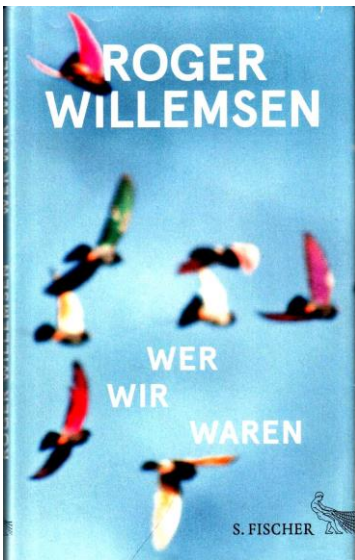
Klimakrise und Philosophie

Sonderausgabe philosophie magazin , 9,90€

Die naturwissenschaftlichen Ergebnisse und Fakten zur Klimakrise, zur Ressourcenkrise, zur Krise der Ökosysteme liegen vor, sie wurden zigfach bestätigt. Wir brauchen also nicht immer wieder neue Experimente, Modellierungen und Untersuchungen, sondern könnten mit dem Vorhandenen prima arbeiten.

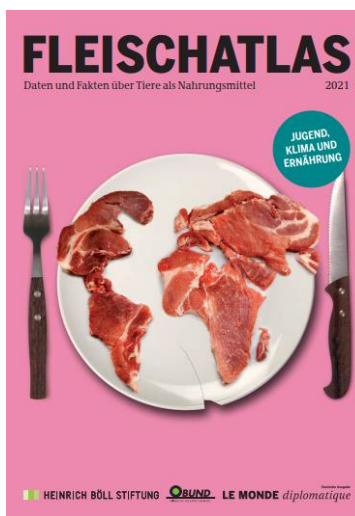
Warum aber werden diese Fakten rund um Vernichtung der Artenvielfalt und Zerstörung der Ökosysteme nicht von der Politik umfassend und zielführend genutzt? Warum gibt es Klimawandelleugner: innen? Warum gelingt die notwendige Änderung des Lebensstils in den wohlhabenden Ländern nicht?





Fridays for future fordern die Umsetzung der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse in politisches Handeln ein, aber auch das wirkt nicht. Naturwissenschaftler: innen alleine können nicht die Lösungen der Krisen bringen. Menschen agieren eben nicht nur rational, sondern auch emotional und intuitiv. Sie handeln in einem sozialen Kontext. Sie müssen überzeugt werden, wenn sie für langfristige Ziele ihr Leben ändern sollen. Und hier genau schlägt die Stunde der Philosophie, der Soziologie und anderer Wissenschaftsbereiche. Aus verschiedenen Blickrichtungen bieten Denkerinnen und Denker wichtige Impulse und Perspektiven zum Thema „Klimakrise“. Jeder Artikel ist geeignet, wichtige Denkanstöße zu geben und Perspektiven zu eröffnen.

In der Übersicht zur „Weiterführenden Literatur“ stieß ich auf das sehr lesenswerte Buch von Roger Willemsen „Wer wir waren“, das ich noch einmal hier empfehlen möchte. Leider kann er selber die wichtigen gesellschaftlichen Diskussionen nicht mehr bereichern. Es wäre sicher ein Gewinn.



Fleischatlas 2021

Wir brauchen eine Agrarwende und dabei ist sicher nicht alleine der Verbraucher bzw. die Verbraucherin gefragt. Aber beim Thema „Fleischverzehr“ kann man durchaus auch durch eigenes Handeln die richtigen Akzente setzen.

Dazu gehört weniger industrielle Fleischproduktion, aber auch grundsätzlich weniger Fleischverzehr.

Und ganz wesentlich: Nicht nur weniger, sondern Fleisch aus einer gegenüber den Tieren verantwortbaren Haltung. Gleichzeitig unterstützt man so mehr Vielfalt in der Landwirtschaft und leistet einen Beitrag zur ökologischen Wertigkeit der Landwirtschaft.

Kostenloser download!

<https://www.boell.de/de/de/fleischatlas-2021-jugend-klima-ernaehrung>

Ihre BUND Ansprechpartner*innen in Kerpen

Matthias Holtermann, Blatzheim, matthiasholtermann@gmx.de

Patrick Kalscheuer, Kerpen

Monika Maaz, Kerpen, monika.maaz@gmx.de

Werner Post, Kerpen, postwerner@web.de

Jutta Schnütgen-Weber, Sindorf, mobil: 0172/9485089; mail: Schnuetgen-Weber@t-online.de



**BUND Landesverband
Nordrhein-Westfalen**

Pressemitteilung vom 11. Januar 2021

Bürger*innen-Beteiligung als Störfaktor? Landesregierung will Beteiligungsrechte kürzen – Auch Braunkohlenrevier betroffen

Düsseldorf | Der nordrhein-westfälische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz

Deutschland (BUND) kritisiert die Pläne der Landesregierung, mit der geplanten Änderung des Landesplanungsgesetzes die Beteiligungsrechte für Bürger*innen und Verbände zu beschneiden. Im Vorfeld der Anhörung des Wirtschaftsausschusses des Landtags zu der Gesetzesnovelle am 13. Januar bemängelt der Umweltverband insbesondere die Verkürzung von Beteiligungsfristen und den Wegfall von Erörterungsterminen zu Einsprüchen der Bevölkerung. Die Bürger*innen im Braunkohlenrevier sind davon besonders betroffen.

„Die kritische Öffentlichkeit wird offenbar nur noch als Störfaktor betrachtet“, sagte der stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Thomas Krämerkämper. „Eine ausreichende Prüfung der Umweltbelange ist damit nicht gewährleistet. Das trägt nicht zur Akzeptanz bei - im Gegenteil.“

Mit der Novelle des Landesplanungsgesetzes und andere Vorschriften sollen beispielsweise bei der Aufstellung von Regional- oder Braunkohlenplänen die Beteiligungsfristen von zwei auf einen Monat halbiert werden. Die Durchführung eines Erörterungstermins zur Diskussion der Einwendungen von Bürger*innen und Umweltverbänden und zum Ausgleich der Meinungen soll zukünftig nicht mehr obligatorisch sein oder ganz wegfallen.

Vor allem auch bei der Braunkohlenplanung setze die Landesregierung ihren Kurs zur Kappung der Beteiligungsrechte fort. „Jahrelang hat die Landesregierung den Kohleausstieg verzögert. Soll jetzt mit der eigenen Untätigkeit begründet werden, warum der Bürgerschaft Mitsprachmöglichkeiten genommen werden?“, fragt BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen. „Wenn in komplexen Planverfahren wie bei der Aufstellung und Änderung von Braunkohlenplänen das Gehör von Umweltverbänden und Betroffenen beschränkt wird, sorgt das unnötig für neue Konfrontationen.“ Auch die vorgesehene Möglichkeit zur Zulassung von Abweichungen der bergrechtlichen Betriebspläne von den Festlegungen des Braunkohlenplans öffne Tür und Tor für Konzernwillkür.

Ferner plant die Landesregierung die Einführung einer so genannte Experimentierklausel. „Damit droht das Braunkohlenrevier ein Stück zum rechtsfreien Raum zu werden“, so Jansen. Die Experimentierklausel sieht für Vorhaben, die vorgeblich dem Klimaschutz oder Strukturwandel dienen, vereinfachte Anzeigeverfahren, Zielabweichungsverfahren, Anpassungsverfahren und Abweichungsverfahren für Braunkohlepläne per Rechtsverordnung vor. Der BUND sieht darin einen „Angriff auf bisherige Umweltstandards“. Mögliche Umweltkonflikte und Flächennutzungskonkurrenzen könnten nicht durch die Kürzung oder den Wegfall von Verfahrensschritten gelöst werden, die zur Konfliktminimierung und -klärung dienen.

Der BUND sieht die Landesregierung in einer für den Klimaschutz verhängnisvollen Ideologie gefangen. Einerseits würde der Ausbau der Windenergienutzung wegen vorgeblicher Akzeptanzprobleme über willkürliche Abstandsregelungen ausgebremst. Andererseits würden für potenziell klima- und ressourcenfeindliche Wirtschaftsformen im Braunkohlenrevier die Genehmigungshürden gesenkt. Das passe nicht zusammen.

Hinweis: Die Sachverständigenanhörung des Wirtschaftsausschusses des Landtags beginnt am 13. Januar um 09:30 Uhr (Plenarsaal). Der BUND wird durch Geschäftsleiter Dirk Jansen vertreten.

[BUND-Stellungnahme zum Gesetzentwurf](#)

Ansprechpartner: Dirk Jansen, Geschäftsleiter BUND NRW, T. 0211 / 30 200 522, dirk.jansen@bund.net